

VPOD-Positionspapier zur integrativen Schule

November 2023

Wir sagen JA zur integrativen Schule¹!

In Basel-Stadt hat die integrative Schule einen hohen Stellenwert. Dies u.a. auch, weil die Schweiz mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention (1997) und der UN-Behindertenrechtskonvention (2014) dazu verpflichtet ist, eine integrative und diskriminierungsfreie Bildung für alle Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten.²

Die Forschung zeigt, dass Schüler:innen langfristig von Integration profitieren, deshalb brauchen wir ein Schulsystem, das den Schüler:innen von heute gerecht werden kann, ohne diese zu separieren und zu diskriminieren. Trotz dem Bekenntnis zur integrativen Schule mangelt es auch in Basel-Stadt an der Umsetzung.

Wir nehmen die Überlastung der Lehrpersonen durch den akuten Lehr- und Fachpersonenmangel und die steigenden Anforderungen im jetzigen Schulsystem sowohl wahr als auch ernst und fordern die Weiterentwicklung der integrativen Schule. Den Ausbau separativer Massnahmen lehnen wir deutlich ab, da die Entlastung der Lehr- und Fachpersonen nicht auf dem Rücken der Schüler:innen ausgetragen werden darf.

Aufgrund dieser Argumente stellen sich die Lehr- und Fachpersonen des VPOD klar gegen die Förderklasseninitiative. Auch die Vorschläge des ED gehen grossmehrheitlich in Richtung stärkerer Separation, daher sehen wir auch diese kritisch.

Wir sagen NEIN zu Förderklasseninitiative, denn:

- Es **gibt bereits** separative Angebote im Kanton Basel-Stadt, die Schaffung weiterer Angebote ist unnötig.
- Die Förderklassen bieten **keine nachhaltige** Lösung, sondern höchstens eine **kurzfristige** Entlastung auf Kosten der betroffenen Schüler:innen.
- Die **Reintegration** in die Regelklasse nach der separativen Massnahme stellt eine Herausforderung dar, die viele Ressourcen bindet und selten gelingt.
- Die Zuweisung in Förderklassen hat grosses **Diskriminierungspotential** und erschwert **Chancengerechtigkeit**. **Bildungsnachteile** und Auffälligkeiten werden durch die Separation verstärkt.
- Die **Initiative ist umformuliert**. Somit wären die **Folgen** einer Annahme völlig **unklar**. Wir lehnen einen **Rückschritt zu den Kleinklassen** ab. Diese wurden aufgrund ihrer veralteten Pädagogik, diskriminierenden Wirkung, erschwerten Unterrichtsbedingungen und weitgehenden Folgen für die Betroffenen abgeschafft.

¹ Aus Gründen der Anschlussfähigkeit benutzen wir den Begriff "Integrative Schule". Das eigentliche Ziel ist aber Inklusion.

² Der Zugang zu diskriminierungsfreier Bildung wird in der UN-Kinderrechtskonvention (Art. 2 Abs. 1, Art. 28 und 29 UN-KRK) und in der UN-Behindertenrechtskonvention (Art. 5, Art. 24 UN-BRK) geregelt. Die integrative Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen wird darüber hinaus im Behindertengleichstellungsgesetz (Art. 20 Abs. 2 BehiG) festgelegt.

Wir sagen grossmehrheitlich NEIN zu den Massnahmen des Erziehungsdepartements, weil sie:

- eine Symptombekämpfung darstellen, welche ohne Ursachenanalyse nichts nützt und an den Bedürfnissen der Lehrpersonen und Schüler:innen vorbei zielt
- weiterhin auf Separation statt Integration fokussieren und sich an Defiziten statt Ressourcen von Schüler:innen orientieren
- mangelnde Transparenz bei der Zuteilung der Mittel enthalten und erhöhte finanzielle Verantwortung für Schulleitungen ohne mehr zusätzliche zeitliche und personelle Ressourcen darstellen
- das Kollegium bei der Anwendung der Massnahmen zu wenig einbeziehen
- personelle und räumliche Ressourcen nicht ausreichend mitdenken
- zu mehr bürokratischem Aufwand führen
- die Sekundarstufe I zu wenig einbeziehen
- die Bedürfnisse und Entscheidungskompetenz der Schüler:innen und deren Erziehungsberechtigten nicht ausreichend berücksichtigen
- Ressourcen verschieben, die dann andernorts fehlen

Kritik an einzelnen ED-Massnahmen

Kritik an Fördergruppen:

Das ED schlägt vor, dass Schüler:innen mit allgemeinen Lernschwächen oder einer ausgeprägten Lernstörung während 10 - 11 Lektionen in der Woche heilpädagogisch geführte altersgemischte Kleingruppen besuchen. Die Schüler:innen bleiben ihrer Stammklasse zugehörig und besuchen den Unterricht in den restlichen Lektionen im Klassenverband. Die Massnahme wird für die Primarschule vorgeschlagen und bietet für maximal 672 Schüler:innen Platz. Die Zuweisung in die Fördergruppe erfolgt durch die Schulleitung in Absprache mit dem pädagogischen Team. Schüler:innen mit einem ausgewiesenen sonderpädagogischen Bedarf und Kinder mit primären Verhaltensauffälligkeiten im sozialen Bereich sind von der Massnahme ausgeschlossen. Die Schulen müssen ein Konzept dafür ausarbeiten.

Wir lehnen diese Massnahme ab, da die Fördergruppen zu einem grossen **Mehraufwand** für Lehr- und Fachpersonen führen, da die Zusammenarbeit und die Absprachen auf die Lehrperson der Fördergruppe als weitere Bezugsperson der Schüler:innen ausgeweitet werden muss. Bereits jetzt finden **zeitintensive Absprachen** mit den involvierten Lehr- und Fachpersonen statt, für welche aber keine Zeitgefässe vorgesehen sind. Der Forderung nach möglichst wenigen **Bezugspersonen** pro Schüler:in kann so in der Realität nicht nachgekommen werden. Zum anderen haben Fördergruppen zur Folge, dass einzelne **Klassen** immer mehr **zerstückelt** werden. Darunter leidet nicht nur der Klassenzusammenhalt, auch die Planung des Unterrichts wird immer schwieriger und zeitaufwändiger und es bleibt wenig Platz für Spontaneität und Flexibilität im Unterricht. Durch die bereits bestehenden Förderangebote von Logopädie über Heilpädagogik bis hin zur Begabungsförderung findet auch jetzt schon eine Zerstückelung der Klassen statt. Diese Förderangebote mit neuen Massnahmen zu erweitern, macht das Angebot noch unübersichtlicher.

Somit stellt auch die **Koordination der Stundenpläne** eine weitere grosse Herausforderung dar, da kaum vermieden werden kann, dass andere wichtige Unterrichtsinhalte verpasst werden, während die Schüler:innen die Fördergruppe besuchen. Des Weiteren sind die **räumlichen Ressourcen** bereits heute ausgeschöpft, es ist deshalb unklar, wo der benötigte Raum für diese Massnahmen herkommen soll. Bei den personellen und finanziellen Ressourcen werden nur wenig zusätzliche Ressourcen gesprochen, vielmehr werden bereits **vorhandene Ressourcen umgelagert** und an anderen Stellen reduziert (zum Beispiel werden Gelder der Heilpädagogik in die Fördergruppen umgelagert). Lediglich 50% der benötigten **Ressourcen** werden neu finanziert, alle anderen **werden andernorts fehlen**. Die Sekundarschule I wird bei dieser Massnahme nicht mitgedacht. Des Weiteren ist in dem Vorschlag nicht ersichtlich, wie eine Reintegration in die Stammklasse angegangen werden soll.

Kritik an Lerninseln:

Mit den Lerninseln schlägt das ED vor, dass Schüler:innen der Primar- und Sekundarstufe I in akuten Krisen, die im Klassensetting nicht mehr lernen können und ihre Mitschüler:innen massiv stören, sozialpädagogisch geführte Lerninseln besuchen. Dafür werden neu auf der Primar- sowie auf der Sekundarstufe I Sozialpädagogik-Stellen geschaffen. Die Schüler:innen können die Lerninsel für einzelne Lektionen, aber auch für längere Interventionen von mehreren Tagen oder in Ausnahmefällen auch für wenige Wochen besuchen. Die Zuweisung findet durch die Lehrperson statt, bei mehr als 5 Tagen entscheidet die Schulleitung. Die vorläufige Aufenthaltsdauer wird zu Beginn festgelegt und im pädagogischen Team überprüft, die Reintegration wird von den Mitarbeiter:innen der Lerninsel begleitet. Diese Massnahme **begrüssen wir grundsätzlich**. Unklar bleibt jedoch weiterhin, in welchen Räumen dies stattfinden soll, da der Standort Basel-Stadt bereits heute unter einer akuten Raumknappheit leidet.

Kritik an SpA plus:

Mit dem SpA plus will das ED ein Angebot für Schüler:innen ohne kognitive Einschränkungen (IQ über 75), die durch selbst- und fremdgefährdendes Verhalten mit massiven Impulsausbrüchen und fehlender Emotionsregulation den Rahmen der bestehenden Spezialangebote und Time-out-Angebote sprengen. Es ist je ein SpA Plus für die Primarstufe und für die Sekundarstufe I vorgesehen, in denen insgesamt 10 Schüler:innen gefördert werden können.

Hier stellen sich viele offene Fragen. Ungeklärt ist z.B., woher die zusätzlichen Ressourcen für die zusätzlichen Lehr- und Fachpersonen kommen sollen, wo doch bereits jetzt ein Fachkräftemangel herrscht und es schwierig ist, Qualifizierte Assistenzen, Heilpädagog:innen und Sozialpädagog:innen zu finden.

Diese Massnahme wäre generell zu begrüssen, wenn sie auf einer gründlichen Bedarfsanalyse beruhen würde. Diese Analyse fehlt zurzeit jedoch, daher stehen wir auch dem SpA plus kritisch gegenüber. Es ist auch unklar, wie das ED die Arbeitsbedingungen in diesen sehr herausfordernden Arbeitsumgebung attraktiv gestalten kann, dass überhaupt Fachpersonen gefunden werden können, welche diese Arbeit ausüben würden und wie diese dann auch nachhaltig unterstützt werden können.

Kritik an Weiterentwicklung der Tagesstrukturen

Für die Tagesstrukturen wurden bereits zusätzliche Ressourcen gesprochen. Darauf verweist auch der aktuelle Vorschlag des ED. Zudem schlägt das ED vor, dass in Einzelfällen zusätzliche Ressourcen beantragt werden können. Dieser Antrag muss von der Schulleitung an die Volksschulleitung gestellt werden. Die Tagesstrukturen können darüber nicht selber entscheiden und es bleibt unklar, wie die Mitarbeitenden und auch Leitungspersonen der Tagesstrukturen in diese Entscheide einbezogen werden. Ein Konzept für eine integrative Tagesstruktur wird nicht formuliert.

Im Hinblick darauf fordern wir, dass der Lebensraum Schule auch die Tagesstrukturen mitdenken muss. Die integrative Schule muss ganzheitlich Unterricht und Tagesstrukturen aufeinander abstimmen.

Erhöhung der Ressourcen für das Zentrum Frühförderung, Logopädie, Psychomotorik und im Kindergarten:

Das ED schlägt Ressourcenerhöhungen für das Zentrum für Frühförderung, für die Logopädie und Psychomotorik als auch für die Kindergärten vor.

Diese Vorschläge **begrüssen wir**.

One-Pool-Lösung

Die One-Pool-Lösung schlägt vor, dass die Schulleitungen in Bezug auf die Ressourcenverteilung und die Wahl der Förderformen freiere Hand haben.

Die erhöhte Flexibilität im Einsatz der Ressourcen begrüssen wir grundsätzlich, denn die Bedürfnisse an den Schulstandorten können sehr unterschiedlich sein. Unklar bleibt jedoch weiterhin, inwiefern die Lehr- und Fachpersonen in entsprechende Entscheide miteinbezogen werden. Diese Mitsprache sollte vermehrt gestärkt werden. Zudem sollte auch klar sein, dass die Gelder vor allem für integrative Massnahmen, statt separierende eingesetzt werden. Diese Grundhaltung von Integration statt Separation fehlt auch hier.

Weiterbildungsangebote

Den Ausbau des Weiterbildungsangebotes begrüssen wir ebenfalls, dabei soll der Fokus auf der integrativen Schule und deren Weiterentwicklung liegen. Dafür ist es zentral, dass auch die Schulleitungen Weiterbildungen zur integrativen Schulentwicklung und nicht nur organisatorische Weiterbildungen besuchen. Die Schulleitungen müssten zudem mehr Ressourcen bekommen, um sich auf die Gestaltung und Umsetzung der integrativen Schule zu fokussieren und gleichzeitig von administrativen Belangen entlastet werden.

Wir fordern deshalb:

Wie bereits eingangs erwähnt, stellen wir uns als Lehr- und Fachpersonen im VPOD gegen einen Grossteil der gemachten Vorschläge und sprechen uns für die Weiterentwicklung der integrativen Schule aus. Wir gehen jedoch einig mit der oft gemachten Analyse, dass die integrative Schule, so wie sie jetzt ist, nicht funktionieren kann. Wir als Lehr- und Fachpersonen spüren die steigende Belastung in unserem Beruf generell, dagegen muss unser Arbeitgeber, das Erziehungsdepartement Basel-Stadt, wirkliche Lösungen bringen. Im folgenden machen wir Vorschläge, wie eine integrative Schule möglich wird:

Forderungen für eine bessere integrative Schule:

Grundhaltung des Schulsystems/ED

- Damit Integration gelingen kann, braucht es eine Volksschule, die Integration und Inklusion in all ihren Entscheidungen entschlossen und aktiv fördert und sich zur integrativen Schulen klar bekennt.
- Diskriminierung und Unterdrückungsmechanismen müssen vom Schulsystem anerkannt und an allen Schulen benannt und abgebaut werden. Dazu braucht es entsprechende Weiterbildungen aller Akteure des Bildungssystems.
- UN-Kinderrechtskonvention und UN-Behindertenrechtskonvention sind verbindlich. Die Schweiz muss als privilegiertes Land führend vorgehen und diese rechtlichen Vorgaben einhalten.
- Integration kostet Geld. Der Kanton Basel-Stadt muss sein Bildungsbudget an die Realitäten des 21. Jahrhundert anpassen. Der Kanton muss sich beim Bund für die Priorisierung von Inklusion einsetzen.

Konkrete Vorschläge

- Es braucht eine ausführliche Analyse zum Stand der Umsetzung der jetzigen Massnahmen und darauf basierende Vorschläge.
- Die vorhandenen Massnahmen müssen verbessert werden (Schaffung klarer Voraussetzungen, Beschleunigung der Entscheidungsprozesse, Mitsprache der Lehr- und Fachpersonen stärken etc.)
- Mehr Zeit für Integration und Kooperation im Team: Pflichtlektionen der Lehrpersonen reduzieren und Zeit für Integrationsarbeit schaffen
- Weniger administrative Aufgaben für Lehrpersonen (Ausgleich z.B. durch mehr Ressourcen für Schulsekretariate)
- Doppelbesetzung durch pädagogisch ausgebildetes Personal in allen Lektionen
- Mehr und besser ausgebildete Lehr- und Fachpersonen auf allen Stufen. Mitgemeint sind Qualifizierte Assistenz, Logopäd:innen, Sozialpädagogi:innen, Psychomotoriktherapeut:innen, Fachpersonen und Mitarbeiter:innen der Tagesstrukturen, Heilpädagog:innen und schulische Sozialarbeiter:innen.
- Höhere Attraktivität des Berufs: gleicher Lohn für alle Stufen (Niveau der Gymnasien , nicht der Kindergärten)
- Deutlich verbesserte Arbeitsbedingungen und mehr Lohn für Mitarbeitende der Tagesstrukturen und für qualifizierte Assistenzen.
- Klassengrösse verkleinern abhängig vom Standort und Raumangebot
- Selektion durch Leistungszüge in der Sekundarschule abschaffen
- Mehr Transparenz/Mitsprache der Lehrpersonen bei integrativen Massnahmen.
- Verstärkter Einbezug der Eltern

Wir sind Klassenlehrpersonen, Fachlehrpersonen, Heilpädagog:innen, qualifizierte Assistent:innen und Schulleitungen unterschiedlicher Schulstufen in Basel-Stadt und wir sagen JA zur integrativen Schule!